



Foto: photothek

BASis Info 02/2026

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in dieser Woche haben uns die Ereignisse der Weltpolitik in Atem gehalten. Die Beziehungen zwischen Europa und den USA stehen vor einer historischen Belastungsprobe. Was in Grönland geschieht, darf nicht über die Köpfe der Grönländer hinweg entschieden werden. Wir lassen uns von den USA nicht erpressen.

Als Zeichen gelebter europäischer Solidarität hatten wir in der Fraktionssitzung am 27. Januar mit Benny Engelbrecht einen hochrangigen dänischen Sozialdemokraten zu Gast. Benny ist als Gruppeseekretär Mitglied der Fraktionsführung. Dazu hat er die Position des finanzpolitischen Sprechers inne und ist Vorsitzender des Südschleswig-Ausschusses.

Wir setzen gemeinsam mit unseren dänischen Freunden ein klares Zeichen in der Debatte um Grönland. Wir machen unmissverständlich klar: Europa ist bereit, Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen. Dabei stehen wir an der Seite unserer dänischen Freunde. Europa muss seine Abhängigkeit verringern und in den zentralen Bereichen schnell stärker werden: wirtschaftlich, militärisch, technologisch. Nur so können wir in einer unsicheren Weltlage sicherstellen, dass Großmächte uns nicht herumschubsen.

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Januar in einer öffentlichen Gedenkstunde der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Die Veranstaltung fand rund um den 27. Januar statt, dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau im Jahr 1945.

Zentrale Gedenkrednerin war die Holocaust-Überlebende Tova Friedman. Sie wurde 1938 nahe Danzig geboren, überlebte als Kind das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und gehört zu den wenigen noch lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Shoah. In ihrer heutigen Arbeit setzt sie sich insbesondere für die Weitergabe von Erinnerungen an jüngere Generationen ein, unter anderem über digitale Formate.

Die Gedenkstunde unterstreicht die bleibende Verantwortung Deutschlands für Erinnerung, Aufarbeitung und den aktiven Einsatz gegen Antisemitismus, Rassismus und jede Form menschenfeindlicher Ideologien. Sie macht deutlich, dass die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen untrennbar mit dem Anspruch verbunden bleibt, Demokratie, Menschenwürde und Rechtsstaat entschlossen zu verteidigen.

**Herzliche Grüße
Bärbel Bas**



Der neue Sozialstaat: einfach, gerecht, digital

Ein funktionierender Sozialstaat muss zeitgemäß, gerecht und so ausgestaltet sein, dass er den Alltag der Menschen leichter macht. Wir haben uns vorgenommen, bei der anstehenden Reform mutig zu sein und ein großes Rad zu drehen. Der Abschlussbericht der Sozialstaatsreformkommission ist ein guter Aufschlag, wie wir Staat und Verwaltung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger modernisieren können.



Foto: picture alliance/dpa | Sebastian Gollnow)

Der deutsche Sozialstaat ist eine der großen Errungenschaften unserer Demokratie. Er sichert das Existenzminimum, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und schafft Vertrauen in den Staat. Gleichzeitig ist er in vielen Bereichen zu komplex geworden. Genau hier setzt der Abschlussbericht an: mit einer umfassenden Reform der steuerfinanzierten Sozialleistungen, die Bürokratie abbaut, Verfahren beschleunigt und den Staat konsequent vom Menschen her denkt.

Kern der Reform ist eine grundlegende Neusystematisierung der Sozialleistungen. Künftig sollen zentrale Leistungen wie Grundsicherung, Wohngeld und Kinderzuschlag in einem einheitlichen System zusammengeführt werden. Damit wird Schluss gemacht mit häufigen Behördenwechseln, doppelten Prüfungen und unklaren Zuständigkeiten. Aus mehreren Leistungssystemen wird eine neue, über-

sichtliche Struktur – mit dem Anspruch, Unterstützung „aus einem Guss“ zu gewähren.

Ein zentrales Element sind wohnortnahe Erstanlaufstellen. Dort erhalten Bürgerinnen und Bürger Beratung, können Anträge stellen und Unterstützung bekommen – unabhängig davon, welche Behörde formal zuständig ist. Ergänzt wird dies durch ein digitales Sozialportal als One-Stop-Shop, das Anträge, Bescheide und Kommunikation bündelt. Digital, aber immer auch mit persönlicher Unterstützung vor Ort.

Die Kommission macht zugleich deutlich: Ein moderner Sozialstaat muss soziale Sicherheit und gute Arbeitsanreize verbinden. Deshalb sollen Transferentzugsraten besser aufeinander abgestimmt werden. Mehrarbeit und höhere Erwerbsumfänge sollen sich künftig spürbar lohnen, ohne dass Familien oder andere Gruppen schlechter gestellt werden. Ziel ist es, Menschen dauerhaft in existenzsichere Arbeit zu bringen – mit fairen Regeln und verlässlicher Begleitung.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Rechtsvereinfachung. Einheitliche Begriffe, stärkere Pauschaliерungen, längere Bewilligungszeiträume und Bagatellgrenzen sollen den Verwaltungsaufwand deutlich reduzieren. Leistungen wie Kindergeld sollen künftig automatisch ausgezahlt werden. Das entlastet nicht nur die Verwaltungen, sondern stärkt vor allem das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen handlungsfähigen Staat.

In der Bundesregierung prüfen wir nun zügig die Empfehlungen des Abschlussberichts. Ziel ist es, noch in dieser Legislatur mit der Umsetzung zu beginnen und erste Gesetze auf den Weg zu bringen. Der Bericht schafft damit die Grundlage für einen Sozialstaat, der Sicherheit gibt, Chancen eröffnet und im Alltag der Menschen wieder spürbar funktioniert.



Besserer Schutz für kritische Infrastruktur

Wir sorgen für besseren Schutz für strategisch wichtige Sektoren wie Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Gesundheit und Finanzen. Dazu haben wir in der vergangenen Woche das Gesetz zum Schutz kritischer Infrastruktur (KRITIS-Dachgesetz) im Bundestag beschlossen. Kern des Gesetzes sind neue Pflichten für wichtige Versorgungsunternehmen, die ihre Anlagen besser vor Gefahren wie Naturkatastrophen, Sabotage oder Terrorismus schützen müssen. Zum ersten Mal schaffen wir dazu einen bundesweit einheitlichen Rahmen.

Nicht zuletzt nach dem Anschlag auf die Stromversorgung in Berlin ist deutlich geworden, wie wichtig auch der physische Schutz kritischer Infrastrukturen ist. Das KRITIS-Dachgesetz ergänzt so die bestehenden Regeln zur Cybersicherheit (Stichwort: NIS2). Die betroffenen Unternehmen werden unter anderem zu technischen Sicherungen, etwa durch Zäune oder Alarmanlagen, zur Errichtung einer Notstromversorgung und zur Absicherung von

Lieferketten verpflichtet. Schwere Störfälle müssen dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) gemeldet werden. Bei Verstößen sind Bußgelder vorgesehen.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir das Meldewesen verbessert, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wird regelmäßige sowie anlassbezogene Lagebilder zur Situation kritischer Anlagen erstellen und die Bußgelder verschärft. Die Länder erhalten die Möglichkeit, selbst kritische Anlagen zu identifizieren und zu bestimmen. Zudem erhält der Bundesrat ein Mitspracherecht bei den konkretisierenden Rechtsverordnungen. In unserem Entschließungsantrag fordern wir die Bundesregierung zur Überprüfung von Informations-, Transparenz- und Veröffentlichungspflichten für KRITIS-Betreiber auf. Hintergrund ist, dass mit der Veröffentlichung von sensiblen Infrastrukturinformationen Ausspähungsversuche, Sabotageakte oder Anschläge erleichtert und ermöglicht werden können.

Für unabhängige Medien und Qualitätsjournalismus

Das Präsidium der SPD hat in der vergangenen Woche einen Beschluss zu Demokratie und Medien gefasst. Unser Ziel: Demokratie und Meinungsfreiheit auch im digitalen Zeitalter aktiv schützen. Wir sorgen dafür, dass im Netz nicht die lautesten oder reichsten Akteure den Diskurs bestimmen – sondern dass verlässliche Information, Medienvielfalt und demokratische Regeln auch digital gelten.

Es ist auch an der Zeit, dass die großen internationalen Digitalkonzerne auf ihre Milliardengewinne in Europa eine angemessene Digitalsteuer zahlen. Selbstverständlich muss eine solche Steuer euro-

päisch abgestimmt sein und darf internationale Prozesse und Regelungen, wie die globale Mindeststeuer nicht gefährden.

Weiterhin wollen wir gesetzlich feststellen, dass internationale Streamingdienste einen festen Teil ihrer Umsätze in Deutschland wieder in hiesige und europäische Filmproduktionen investieren. Mit einem darin verankerten Rechterückbehalt stärken wir Produzentinnen und Produzenten, weil sie die Auswertung ihrer Werke selbst kontrollieren können. Das schafft fairere Bedingungen und stärkt die kulturelle Vielfalt im Land.

Neues aus Berlin



Foto: photothek

Mein Tagebuch

Beim diesjährigen Funkenball der KG Rote Funken Duisburg e.V. am 24. Januar wurde einmal mehr deutlich, was diese Gesellschaft ausmacht: Herz, Zusammenhalt und echte Duisburger Karnevalstradition. Bei bester Stimmung, guter Musik und ausgelassener Atmosphäre haben wir viel gelacht, getanzt und geschunkelt.

Seit 1949 stehen die Roten Funken für gelebte Duisburger Lebensfreude und dafür, Menschen zusammenzubringen und Gemeinschaft erlebbar zu machen.



Diese Session ist etwas ganz Besonderes. 77 Jahre närrischer Frohsinn, Freundschaft und Tradition. Dazu gratuliere ich von Herzen. Ein Jubiläum, das stolz macht auf das Geleistete und Lust auf das Kommende weckt.

Ich bin stolz, Teil dieser Gemeinschaft zu sein – als Mitglied und als Trägerin der Goldenen Maske.



Mein Dank gilt allen engagierten Jeckinnen und Jecken, die auch in dieser Session wieder mit großem Einsatz unvergessliche Momente möglich machen.

Bis zum nächsten Mal –
ich freue mich drauf!

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>

Neues zum Schluss